

## Pressemitteilung

Mörfelden-Walldorf, 25.10.2021



### Offenbarungseid statt Haushaltsentwurf

Die neue Grün-Schwarze Koalition und insbesondere der neue Kämmerer Karsten Groß haben den Haushaltsentwurf ins nächste Jahr verschoben – und damit gezeigt, dass sie offensichtlich in den letzten Jahren den Mund viel zu weit aufgemacht hatten.

Der ehemalige Fraktionsvorsitzende der CDU Karsten Groß warf in den vergangenen Jahren fast mantraartig dem damaligen Kämmerer vor, die Stadt künstlich arm zu rechnen.

Ein paar Monate im Amt haben nun scheinbar ausgereicht, um herauszufinden, dass man nun nicht liefern kann, was man versprochen hatte, nämlich ausgeglichene Haushalte ohne Steuererhöhungen.

Steuererhöhungen werden jetzt aber kommen – die Presseerklärung der CDU spricht von einer Erhöhung der Grundsteuer B von über 50% von 790 auf sage und schreibe 1190 Punkten. Bei diesem einseitigen Vorhaben und der Planlosigkeit der neuen Regierung, zeigt dies mangelnde Kompetenz und Ratlosigkeit der Hauptamtlichen Dezernenten.

„Noch fataler für die Finanzlage der Stadt wäre aber eine Erhöhung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer. Die Neuansiedelung von ertragsstarken Unternehmen würde im Ansatz abgewürgt und die Bemühungen der letzten Jahre vernichtet. Mittelfristig wird man dann mit Gewerbeabwanderung rechnen müssen“, sagt Stephan Middelberg.

Offenbar steht aber auch die aktuelle Koalition nicht hinter ihrem neuen ersten Stadtrat – sagte dieser doch die Einbringung des Haushaltes so spät ab, dass zu vermuten ist, dass der Entwurf schon fertig und gedruckt war – nicht aber die Mehrheit bei der eigenen Grün-schwarzen Koalition gefunden hatte.

Die Begründungen des Kämmerers Karsten Groß sind fadenscheinig:

Natürlich gibt es in den meisten Bereichen des Haushaltes einen Automatismus von Erhöhungen – sind doch die Personalkosten der weitaus größte Faktor. Dies gilt auch z.B. für Zuschüsse an freie Träger bei der Kinderbetreuung.

Die „vielen anspruchsvollen Bauprojekte“ sind in der Vergangenheit einstimmig und damit auch mit den Stimmen der GRÜNEN und der CDU beschlossen worden. Ein „Festhalten an doppelten Infrastrukturkosten“ ist gerade die Politik der neuen Koalitionäre mit beispielsweise dem Bau von zwei nagelneuen Feuerwehrrätehäusern.

Die ausschweifende Personalpolitik des Bürgermeisters macht es dem Kämmerer dann schwer, alles zu bezahlen und zu finanzieren. Noch nie waren so viele Stellen über Plan besetzt wie heute.

Corona als Ausrede für die schwierige Haushaltslage vorzuschieben wäre unzutreffend – das Gegenteil ist der Fall: Die Steuereinnahmen sind höher als bisher veranschlagt – und coronabedingt sinken, wenn überhaupt nur, geplante Ausgaben, die nicht so getätigt werden können.

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Silvia Zschocke zieht folgendes Fazit: „Die Verschiebung der Haushaltseinbringung und damit die Verzögerung der Genehmigung wird die Handlungsfähigkeit der Stadt massiv einschränken und zeigt die Handlungsunfähigkeit der neuen Koalition auf.“

Bei einem Beschluss erst im Jahr 2022 ist für eine Genehmigung ein vorläufiger Jahresabschluss zu liefern – und der nimmt zusätzliche Zeit in Anspruch. In vorläufiger Haushaltsführung, die zwangsläufig dadurch lange vorherrschen wird, dürfen dann nur Pflichtaufgaben und bestehende Verpflichtungen erfolgen. Eine Kreditaufnahme für Investitionen ist gesetzlich massiv eingeschränkt und bedroht die Zahlungsfähigkeit der Stadt in laufenden Projekten wie zum Beispiel dem NaGeKiWo. Der Baubeginn des neuen Feuerwehrgerätehauses in Walldorf muss dann wohl auch verschoben werden.

Auch freiwillige Leistungen wie die Vereinsförderung dürfen nicht ausbezahlt werden, was gerade zu Coronazeiten ein weiterer Nackenschlag für diese bedeutet. Hilfreich wäre hierbei allerdings Transparenz, welche der Bürgermeister seit langem nicht liefert. So steht eine Betrachtung bei der indirekten Vereinsförderung immer noch aus – trotz Beschluss der Stadtverordnetenversammlung.

Statt den Haushalt zu verschieben wäre es deutlich zielführender gewesen, alle Fraktionen in die Beratungen mit einzubinden und gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Jetzt wird das Problem verschoben statt gelöst.

**Stephan Middelberg**

**Fraktionsvorsitzender der Freie Wähler Mörfelden-Walldorf e.V.**